

Newsletter von Dr. Diether Dehm, MdB

Europapolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE
Mittelstandspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

**Ein demokratisches Europa nur mit Demokratisierung
der Ökonomie – gegen die Monopole**

2. März 2016

Die sieben Goldenen Nasen des deutschen Rüstungsexports

Gern habe ich auf die spektakuläre Kunstaktion vor dem Deutschen Bundestag in Berlin im Vorfeld hingewiesen:

<http://www.diether-dehm.de/index.php/positionen/aktions-unterstuetzung/1087-deutschlands-goldene-nasen-wer-verdient-am-waffenhandel>

Am 26. Februar fand diese nun statt. Hier kann ein bebildeter Bericht der Aktion Aufschrei: **Stoppt den Waffenhandel!** nachgelesen und angesehen werden:

<http://aufschrei-waffenhandel.de/26-02-16-Aktionstag-in-Berlin.806.0.html>

Rechtsstaatsverständnis verlangt, keine Diskriminierung nach Verbüßung der Haft zu dulden

Zu den Veröffentlichungen über die Tatsache, dass zu den Mitarbeitern, die ich in meiner Funktion als MdB für die Partei DIE LINKE angestellt habe, auch Christian Klar zählt, habe ich folgende Mitteilung abgegeben:

„Christian Klar hat 26 Jahre im Zuchthaus gesessen und sich nach seiner Haftentlassung nicht das Geringste zu Schulden kommen lassen. Die Linke ist eine entschiedene Partei der Rechtsstaatlichkeit: ein Berufsverbot wäre mit der Chance zur Resozialisierung völlig unvereinbar.

Christian Klar macht als Selbstständiger für einen sehr geringen monatlichen Geldbetrag seit einigen Jahren zu meiner vollen Zufriedenheit technisches Web-Design – ohne jeglichen Einfluss auf Inhalte.

Alles Weitere unterliegt dem Datenschutz“

Eine weitere Stellungnahme kann hier angesehen und -gehört werden:

<http://www.diether-dehm.de/index.php/home/audio-und-videodateien/1086-rechtsstaat-ist-keine-diskriminierung-nach-verbueessung-der-haft>

Freundeskreis Hannover-Diyarbakir zu Erdoğan's Krieg in der Südosttürkei

Der Freundeskreis Hannover-Diyarbakir hat sich am 4. Februar an die hannoverschen Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages, des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlamentes sowie an die Mitglieder des Rates der Landeshauptstadt Hannover und der Region Hannover gewandt: Der Freundeskreis erwartet, „dass die Verantwortlichen des Bundes und der Europäischen Union vom Präsidenten der Türkei und der türkischen Regierung verlangen, die Kampfhandlungen sofort einzustellen und die Ausgangssperren aufzuheben. Die Einstellung der Kampfhandlungen verlangen wir auch von der PKK. Beide Seiten müssen an den Verhandlungstisch zurück. Es darf nicht noch mehr Blut vergossen und es dürfen nicht noch mehr Menschen umgebracht werden“, wird erklärt.

Diesen Aufruf habe ich mitgezeichnet, denn das Agieren der türkischen Regierung verschärft die Situation und produziert täglich neue Flüchtlinge:

<http://www.diether-dehm.de/index.php/positionen/aktionen-unterstuetzung/1085-freundeskreis-hannover-diyarbakir-zu-erdogans-krieg-in-der-suedosttuerkei>

Gegen die Bruchstellen in der EU die Gemeinsamkeit der Beherrschten

Am 4. Februar gab ich dem Sender Sputnik Deutschland ein Interview; hier einige Auszüge:

Herr Dehm, der Zusammenhalt Europas ist in der Flüchtlingskrise auf eine harte Probe gestellt. Wegen des Flüchtlingszustroms setzen zurzeit mindestens sechs EU-Mitgliedsstaaten auf Grenzkontrollen. Und Großbritannien möchte eigentlich gar nicht mehr zur Europäischen Union gehören. In Brüssel und Straßburg versucht man die Briten nun mit Zugeständnissen zu überhäufen. Ist das Ihrer Meinung nach richtig? Muss die Insel Teil der EU bleiben?

Wenn man die europäische Idee ernst nimmt, dann gehören die europäischen Länder in die EU. Aber diejenigen, die die EU schon sehr nach dem Wunsch der britischen Neoliberalen und der britischen Börse ausgerichtet haben, haben ja eine EU gebaut, die nicht wirklich die soziale Integration, sondern nur die Ausweitung und den Freihandel befördern will. Im Kern ist das Primärrecht der EU in die soziale Richtung zu reformieren. Und nicht, wie es die britische Regierung möchte, in die unsoziale Richtung der Großspekulanten.

Also das heißt, wir können auf die Briten in diesem Fall verzichten?

Das Wort „Verzicht“ ist für mich als Oppositionspolitiker fehl am Platze, weil ich nicht der bin, der das zu entscheiden hat. Ich weiß nur, dass die Vorbehalte – nicht nur in England, in Irland, Schottland oder den Niederlanden – auch im Wesentlichen bei den so genannten „kleinen Leuten“, den Gewerkschaften, bei den Sozialverbänden darin bestehen, dass man

eine EU des großen Geldes und der Börsen gebaut hat. Und alles, was jetzt von den Briten gefordert wird, soll dies ja noch verstärken. Wir würden also dem Vampir die Oberaufsicht über die Blutkonserven geben, wenn wir dem jetzigen Wunsch der Briten auch nur einen Millimeter nachgeben würden.

Nun gibt es Stimmen in Brüssel, die sagen: Es gilt der Satz „Gemeinsam sind wir stark.“, so auch in der Flüchtlingskrise. Es müsse also Kompromisse geben, um eben gemeinsam diese Krise zu bewältigen ...

Ja, aber der Satz „Gemeinsam sind wir stark.“ ist ja ein Satz, der ursprünglich aus der Arbeiterbewegung und aus der Linken stammt. Und hier wurde dieser Satz, wie schon bei den Worten „Reformen“ und „Solidarität“, von den Herrschenden in ihrem Sinn umgekehrt. Gemeinsam sind wir nur stark, wenn wir das, was in den Verfassungen der einzelnen Staaten steht, ernst nehmen. Und es gibt dort keine Staatlichkeit ohne eine Sozialstaatlichkeit. Ohne die Menschen mitzunehmen, die bisher zum Beispiel Opfer der deutschen Exportüberschüsse und der Niedriglohnpolitik der Bundesrepublik geworden sind, wird es weiter einen Durchmarsch der Neoliberalen geben. Oder auch einen Durchmarsch der Vollpfosten, die beispielsweise in Ungarn regieren.

Im Moment ist nicht die Gemeinsamkeit der Herrschenden das Wichtige, sondern die Gemeinsamkeit der Beherrschten. Das heißt, dass wir mal in den Verfassungen nachstöbern sollten, was da an wunderbaren Sätzen drin steht. Beispielsweise unser Artikel 14 des Grundgesetzes, oder auch der Artikel 15. Und Ähnliches findet man in allen europäischen Verfassungen, die als Antwort auf die verschiedenen Faschismen damals entstanden sind. Alles das fehlt im Vertrag von Lissabon (EU-Grundlagenvertrag), fehlt im Maastricht-Vertrag (Vertrag über die Europäische Union). Und deswegen werden bei jeder Krise die Sollbruchstellen deutlich, erst recht bei großen Krisen, wie aktuell der Flüchtlingskrise. Das sind die Sollbruchstellen zwischen „unten“ und „oben“.

Wenn wir von den „Herrschenden“ reden: Wer in der Flüchtlingskrise zurzeit ebenfalls von der EU hofiert wird, ist der türkische Präsident Erdoğan. Nach monatelangem Streit haben sich die Europäer nun endgültig auf die versprochene Türkeihilfe von drei Milliarden Euro geeinigt. Spielt die Türkei tatsächlich solch eine Schlüsselrolle in der Flüchtlingsfrage?

Erstens weiß niemand, wo die drei Milliarden herkommen sollen. Wenn man mal tief in die Fraktionen von Union und SPD hineinhorcht, dann ist da ganz große Unsicherheit, wo das Geld am Ende herkommen soll. Zweitens möchte ich noch einmal mein Bild von dem Vampir, dem man die Blutkonserven anvertraut, bemühen: Wer die PKK völlig unnötig und blutig verfolgt, ohne Not einen längst schon greifbaren Frieden mit den Kurden aufkündigt und in Massaker übergeht, dem wird dann noch das Wort „sicheres Herkunftsland“ zugebilligt oder ähnliche Prämien gezahlt. Nur um Erdoğan bei Laune zu halten. Dieser Gangster und Diktator ist ja sogar noch 1999 vier Monate in der Türkei in den Knast gegangen, weil er sagte: „Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“. Dafür musste er vier Monate absitzen, er ist ein Krimineller. Diesem kann man nicht solche Zugeständnisse machen.

Nun hat die Türkei noch nicht einmal große Garantien gegeben, dass das von der EU gezahlte Geld auch tatsächlich dort ankommt, wo es gebraucht wird: also beispielsweise zur Errichtung von Flüchtlingscamps. Klingt das nicht alles sehr nach einem EU-Schnellschuss?

Das ist nicht der erste Schnellschuss, vieles wird in der EU aus der Hüfte geballert. Vieles stellt sich erst nach Medienberichten als Unwahrheit heraus, obwohl es von der EU als Wahrheit dargestellt wurde. Irgendwann stand in den vergangenen Wochen sogar in der WELT ein Artikel, dass Russlands Präsident Putin Recht gehabt hat, als er die Finanzströme aus dem Reich Erdoğan's und zum Teil seiner Familie zum Islamischen Staat benannt hat. Und selbst die WELT hat das geschrieben, als SPRINGER-Presse. Wer den IS

unterstützt, sorgt für weitere Flüchtlinge. Deswegen kann Erdoğan kein Partner sein in der Auseinandersetzung vieler europäischer Staaten mit der Flüchtlingskrise. Er ist völlig disqualifiziert.

Wie verzweifelt ist denn Brüssel gerade auf der Suche nach einer Lösung in der Flüchtlingsfrage? Oder sind die EU-Staaten bereits so unterschiedlicher Meinung, dass es nur noch nationalstaatliche Lösungen geben kann?

Erst einmal ist nicht alles, was man als nationalstaatliche Lösung darstellt, eine schlechte Lösung. Wir haben keinen großen europäischen Super-Staat in der EU, der ist ausdrücklich nicht gewollt. Wir haben einen Verbund von Nationalstaaten. Und die haben erst einmal ihre Gesetze und ihre Rechte. Dann gibt es noch die Genfer Flüchtlingskonvention, die man im Einzelnen auch mal lesen sollte, ich halte die für angemessen. Und dann gibt es noch das jeweilige Asylrecht in den unterschiedlichen Ländern.

Was das politische Asyl angeht, so war ich in den 90er Jahren schon der Meinung, dass das in vollem Umfang aufrechterhalten werden muss. Wer verfolgt wird – zum Beispiel auch PKK-Kämpfer, die tapfer gegen den IS kämpfen und dann von Erdoğan und dem IS gleichzeitig bombardiert werden – muss das Recht haben, in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen zu werden. Das politische Asylrecht hat natürlich keine Grenze, wenn jemand politisch verfolgt wird, weil er gewerkschaftlich engagiert ist, oder weil er Linker ist, weil er Kommunist ist, weil er eine andere politische Auffassung hat – übrigens auch in Osteuropa – der kann nicht irgendwann gesagt bekommen: „Der Deckel ist zu, du kommst hier jetzt nicht mehr rein.“ Das politische Asylrecht ist, auch wenn es die Mehrheit der aktuellen Flüchtlinge nicht betrifft, unbegrenztes Recht.

Blicken wir abschließend auf das politische Berlin: Viele Beobachter sehen Merks Macht in der Flüchtlingskrise schwinden. Die AfD ist auf einem Allzeithoch und laut aktueller Umfrage ist eine große Mehrheit der Deutschen mit der Flüchtlingspolitik hierzulande unzufrieden. Hat die Regierung also versagt – oder hat sie ihre Politik nur nicht richtig erklärt?

Ich mache es an einem Beispiel fest: Wir hatten in Hannover schon vor dem Flüchtlingszustrom 21.000 Sozialwohnungen zu wenig gehabt. Wir haben in den Ämtern eine neoliberale Ausdünnungspolitik, die eines reichen Landes wie der Bundesrepublik spottet. Also dass wir Beamte abbauen – das gilt auch für Polizeibeamte – das alles weist darauf hin, dass der Staat an der falschen Stelle gespart hat. Und deswegen kommen die Probleme. Es wird zu wenig für die Menschen getan, die hier unverschuldet in Not geraten sind.

Alleinerziehenden Müttern und Langzeitarbeitslosen muss klar gemacht werden, dass wir genauso auch für sie da sind. Was die AfD will, ist der Krieg der kleinen Leute: Flüchtlinge gegen Hartz IV-Empfänger. Das ist ganz furchtbar. Auch wenn es plötzlich gegen den Mindestlohn geht: Deutschland hat die Eurokrise ja durch viel zu niedrige Löhne mitverschuldet. Es gab zu wenig Kaufkraft für die vielen Waren, die ja weiter produziert werden. Wer auf Dauer glaubt, immer nur exportieren zu können und nicht zu importieren, wird einen sehr ungesunden ökonomischen Zustand herbeiführen. Wir brauchen deshalb ein sehr deutliches Signal: Mindestlohn darf nicht angetastet werden. Höhere Löhne, höhere Renten, damit höhere Binnenkaufkraft in Deutschland.

Und das sind die entscheidenden Signale, die von der Bundesregierung nicht gekommen sind. Deswegen sind Ängste da. Und das nutzen die braunen Rattenfänger. Ob sie von ganz rechts kommen, also den Nazis, oder von den Rechtspopulisten, also der AfD. Die machen hier ihren Gewinn. Und das ist schon einmal in der deutschen Geschichte geschehen. Da hatten die Herrschenden auch geglaubt, einen Staat kaputtsparen zu können, in den 20er und 30er Jahren. Und das Ergebnis kennen wir, dieser Fehler sollte nicht wieder gemacht werden. Wir brauchen einen starken Sozialstaat. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen EU-Staaten. Dann kann man dem Problem beikommen. Und wir müssen verhindern, dass die so genannten „kleinen Leute“ gegeneinander ausgespielt werden.



Red Hand Day - Kinder nicht als Soldaten missbrauchen!

Nicht zum ersten Mal war ich bei dieser Aktion gegen eine immer noch übliche und ganz schreckliche Praxis dabei. Aber in diesem Jahr konnte man mit seinem roten Handabdruck sogar im Bundestag protestieren: am 28. Januar im Paul-Löbe-Haus. Meine Unterstützung für die Aktion Rote Hand gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten – gut, dass mein Fraktionskollege Norbert Müller hier eine konsequente Position auch zur Einziehung deutscher Minderjähriger in

die Bundeswehr [link: <http://norbert-mueller.net/presse/artikel/226-immer-mehr-kindersoldaten-in-der-bundeswehr>] vertritt.

<http://www.diether-dehm.de/index.php/positionen/aktions-unterstuetzung/1083-red-hand-day-kinder-nicht-als-soldaten-missbrauchen>

Europa vom Kopf auf die Füße stellen!

Die Diskussionsveranstaltung mit YANIS VAROUFAKIS am 11. Februar im TTZ in Marburg war überragend besucht und wurde medial weit beachtet. Mein Freund Wolfgang Gehrcke war auch auf dem Podium vertreten.

Den Vortrag von Yanis Varoufakis, sowie die Beiträge von Wolfgang Gehrcke und mir kann man auf weltnetz.tv sehen:

<http://weltnetz.tv/video/677-sparpolitik-fuehrt-zu-grosser-depression>

<http://weltnetz.tv/video/721-die-gemeinsamkeit-gegen-rechts-staerken>

<http://weltnetz.tv/video/722-politik-aus-den-hinterzimmern-der-macht-wieder-auf-die-strassen-bringen>

Solidarität mit der HDP und mit Kurdinnen und Kurden in der Türkei

Am 28. Januar 2016 habe ich mich an der Mahnwache vor dem Plenargebäude des Bundestages gegen die Kriegspolitik des



islamistischen AKP-Regimes gegenüber Kurdinnen und Kurden beteiligt. Die militärischen Einsätze der türkischen Regierung gegen die kurdische Bevölkerung auf dem eigenen Gebiet halten an. Gleichzeitig werden die Operationen auf Gebiete in Irak und Syrien ausgedehnt und verschärfen den regionalen Krieg.

Der JAHRESAUFTAKT am 10. Januar 2016 im KOSMOS Berlin nun auf DVD

Mit den Auftritten von Maite Mola, Reiner Kröhnert, Sahra Wagenknecht, Dietmar Bartsch, Giorgos Katrougalos, Katja Kipping, Dov Khenin, Bernd Riexinger, BANDISTA, Friedrich Küppersbusch, Peter Sodann, Ingolf Lück, Ben Becker, Ester Bejarano und der Microphone Mafia, Luis Fazenda, Oskar Lafontaine, Lucia Socam u. a.

Die Doppel-DVD (8 € + Versandkosten) kann bezogen werden über:

stefan.paubel@gmx.de

<http://www.kleinerbuchladen.de/>

Das Völkerrecht und seine antiimperialistische Ausrichtung

Zum Nachlesen für Teilnehmende sowie für Interessierte, die bei der Vorabendveranstaltung zum Jahresauftakt im ND-Haus nicht anwesend sein konnten, sei hier der Vortrag des Völkerrechtlers Prof. Dr. Gregor Schirmer dokumentiert. Dieser soll, auch in seinem klaren friedenspolitischen und demokratischen Geist, die Diskussion des Abends repräsentieren.

<http://www.diether-dehm.de/index.php/home/veranstaltungen/1072-das-voelkerrecht-und-seine-antiimperialistische-ausrichtung>

Übrigens steht auch die gesamte Konferenz auf DVD (4 € + Versandkosten) für Interessierte und ihre Bestellung bereit bei Stefan Paubel: stefan.paubel@gmx.de

Lest und stärkt alternative Medien !

Weltnetz.tv

NachDenkSeiten

Rationalgalerie

Impressum

Dr. Diether Dehm MdB

MdB-Büro von Dr. Diether Dehm
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (030) 22773085
Telefax: (030) 22776087
E-Mail: diether.dehm@bundestag.de

www.diether-dehm.de

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, können Sie sich [hier](#) abmelden.